

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/050/2019

### **Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz am 02.12.2019**

<b>Zu Punkt 8:      Haushalt 2020/2021</b>
--

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Kreisausschusses für Umwelt-Landschafts- und Naturschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen und der Verwaltung stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

#### **Gesamtabstimmung über die Produkte:**

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz fallenden Produkte 090101 (Planung), 130102 (Eiszeitliches Wildgehege Neandertal) und 140106 (Immissionsschutz) werden einstimmig, die Produkte 100102 (Bauaufsicht), 110101 (Verwertung und Entsorgung von Abfällen) und 140104 (Abfallüberwachung) einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE., das Produkt 140102 (Klimaschutz) einstimmig bei zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Produkte 110102 (Deponiebetrieb), 130201 (Naturschutz, Landschaftsplanung), 140103 (Bodenschutz, Altlasten) und 140105 (Wasserwirtschaft und Gewässeraufsicht) mehrheitlich bei einer Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE. und das Produkt 140101 (Allgemeiner Umweltschutz) mehrheitlich bei einer Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE. und zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

#### Produkt 090101

#### **Anfrage der CDU-Fraktion:**

1. Wie ist der Stand der Dinge hinsichtlich der Erstellung des Radverkehrskonzeptes?

#### Antwort der Verwaltung:

Das Leistungsverzeichnis für die Auswahl und Vergabe des Auftrags an ein Verkehrsplanungsbüro ist von der Verwaltung fertiggestellt. Die Radverkehrsthematik ist komplex und die Bearbeitung im verflochtenen Raum des Kreises Mettmann anspruchsvoll. Wegen der parallelen Entwicklung von Konzeptionen und Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs bei den kreisangehörigen Städten wird das Leistungsverzeichnis auf ausdrücklichen Wunsch der Technischen Beigeordneten/Dezernenten gerade allen Städten zur Kenntnis gebracht. Ziel dieses Zwischenschrittes ist es, dass die kommunalen Akteure unseres Raums miteinander kompatibel bzw. synergetisch wirkende Beauftragungen vornehmen. Dadurch soll die Effektivität und der Nutzen des Radverkehrskonzeptes des Kreises Mettmann sichergestellt bzw. erhöht werden.

2. Beabsichtigt die Verwaltung, das Thema "Gefahrenlose Benutzung der Radwege bei Dunkelheit" im Rahmen der Gutachtenerstellung untersuchen zu lassen?

#### Antwort der Verwaltung:

Das Thema Verkehrssicherheit ist bei Radwegeplanungen bzw. -sanierungen stets im Blick. Bei Radwegeverbindungen mit hohem Ausbaustandard (Radschnellwege, Velorouten) kann eine Beleuchtung ein geforderter Standard bzw. sinnvoll sein. Aber auch bei allen anderen

Radwegeverbindungen wird eine gefahrlose Benutzung bei Dunkelheit bedacht werden bzw. eine entsprechende Wegebeschaffenheit das Ziel sein müssen.

Auf weitere Nachfrage nach dem geschätzten Zeitplan erklärt Herr Görtz, dass der notwendige Priorisierungsprozess durchaus aufwändig und daher mit einem Zeitrahmen von eineinhalb Jahren ab voraussichtlich März 2020 zu rechnen sei.

#### Produkt 110101

##### **Anträge der Verwaltung:**

Ertrag: Aufgrund der Veränderungen im Aufwandsbereich ist eine entsprechende Anpassung im Ertragsbereich vorzunehmen. Aus der Absenkung des bei Haushaltsplanaufstellung bekannten EkoCity-Mischpreises, abzüglich der Kostensteigerungen in den Bereichen Müllumschlagstationen und Altholzverwertung, ergibt sich ein geringerer Entnahmebedarf bzgl. der Entnahme aus dem Sonderposten Gebührenausschlagsrücklage. Der Bedarf ist um 443.800 € für 2020 und um 425.800 € für 2021 geringer (Zeile 4 [TEP]/ 9 [TFP]). Für den Bereich Altholzverwertung ist aufgrund der aktuellen Ausschreibungsergebnisse aus 10/2019 eine Erhöhung der Ansätze erforderlich (235.000 €/jeweils für 2020 und 2021). (Zeile 6 [TEP]/ 9 [TFP]) Aufwand: Der Arbeitsausschuss des EKOCity Abfallwirtschaftsverbandes hat in seiner Sitzung am 02.10.2019 vorgeschlagen, den Entsorgungspreis für die Restmüllentsorgung im Jahr 2020 gegenüber 2019 um 5,19 €/t auf 131,26 €/t zu senken. Hierdurch verringert sich für den Kreis bei einer erwarteten Restmüllmenge in Höhe von 107.600 t der Entsorgungsaufwand 2020/2021 voraussichtlich von 14.696.000 € auf 14.136.700 € (-559.300 €). Aufgrund zusätzlicher aktueller Erkenntnisse zur prognostizierten Mengen- und Preisentwicklung im Bereich der Müllumschlagsstationen (+115.500 €/2020, +133.500 €/2021) und der Altholzverwertung (+235.000 €/jeweils für 2020 und 2021) ergibt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen insgesamt ein Korrekturbedarf von -208.800 €/2020 (-559.300 € +115.500 € + 235.000 €) und -190.800 €/2021 (-559.300 € +133.500 € + 235.000 €) (Zeile 13 [TEP]/ 16 [TFP]).

Herr Hanheide weist auf einen Fehler im Veränderungsantrag hin, und zwar sei die Summe von 235.000 EUR im Jahr 2020 auf Seite 931, Zeile 9 bei den Einzahlungen positiv statt negativ. Der sich daraus ergebende neue Ansatz für das Jahr erhöhe sich demgemäß von 22.994.750 EUR auf 23.464.750 EUR.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

##### **Antrag der SPD-Fraktion:**

Durch den zusätzlichen Einsatz von 10.000 € soll die Abfallberatung intensiviert werden. Besonderes Augenmerk soll hier die Beratung im Hinblick auf Abfallvermeidung erhalten um zukünftig die Abfallmenge pro Einwohner zu senken.

Nach kurzer Erläuterung des Antrags durch KA Prüßmeier erklärt Herr Hanheide, dass die Themen Abfallberatung und Klimaschutz in den letzten Jahren ineinander verwachsen seien. Grundsätzlich könne davon ausgegangen werden, dass die Abfallberatung mit den vorhandenen Haushaltsmitteln bewältigt werden kann. Eine entsprechende Darstellung sagt Herr Hanheide für eine der nächsten ULAN-Sitzungen zu.

Daraufhin zieht Herr Janssen den Antrag seiner Fraktion zurück.

#### Produkt 130201:

##### **Antrag der Verwaltung:**

Das Projekt zur Einrichtung von Naturerfahrungsräumen für Kinder im Kreisgebiet hat seitens der kreisangehörigen Städte viel Resonanz erfahren und soll weiter vorangetrieben werden. Dazu soll die Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Haus Bürgel fortgesetzt werden. Für den Anschlussauftrag zur Erstellung von Konzeptionen für die besten verfügbaren Flächen (ca. 6-7)

werden Mittel in Höhe von voraussichtlich 10.000 € benötigt. Zudem soll für die kreisangehörigen Städte ein Workshop durch Spielplatzsachverständige angeboten werden, für den ca. 500 € einzuplanen sind. Zur weiteren Begründung wird auf die Vorlage 61/040/2019 verwiesen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Es soll ein Umweltpreis ausgelobt und hierfür sollen jährlich 5.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

KA Janssen erläutert den Antrag seiner Fraktion.

KA Gräber weist darauf hin, dass bereits in den vergangenen Jahren über gleichlautende Anträge abgestimmt wurde. Grundsätzlich verschließe man sich der Thematik nicht. Da jedoch vor Kurzem erst der Ehrenamtspreis des Kreises auf den Weg gebracht wurde, der genau in diesem Bereich vergeben wird, sieht ihre Fraktion zurzeit keinen Bedarf für einen weiteren Preis. Hierüber könne zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal nachgedacht werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
7 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion  
5 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion  
1 Nein-Stimme der Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

**Produkt 140102:**

**Anfrage der SPD-Fraktion:**

Wie sieht der Planungsstand hinsichtlich eines Klimaschutzkonzeptes aus? Wie und wann werden die darin enthaltenen Maßnahmen umgesetzt? Ist ein Klimaschutzmanager eingestellt?

Herr Hanheide erläutert den Planungsstand und gibt zu bedenken, dass die Vielzahl der einzelnen Anträge zum Thema Klimaschutz bzw. deren Abarbeitung auch ein Hemmschuh bei der Umsetzung zielgerichteter Maßnahmen sein könne. Man müsse zunächst prüfen, ob die beantragten Maßnahmen mit dem Klimaschutzkonzept kompatibel seien. Ansonsten wurden seinerzeit sowohl das Klimaschutzkonzept als auch die Zeitplanung beschlossen, an die sich die Verwaltung auch

Nach ausführlicher Diskussion im Fachausschuss wird daher im Sinne einer möglichst zügigen Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen einstimmig ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt, unter Einbeziehung des neuen Teams des Klimaschutzmanagements Klimaschutzmaßnahmen zu erarbeiten und schnellstmöglich dem ULAN vorzustellen um dieses Thema nicht unter dem Zeitdruck der Haushaltsberatungen diskutieren zu müssen. Dabei sollen die einzelnen zu diesem Produkt gestellten Veränderungsanträge mit einbezogen werden. Im Gegenzug ziehen die einzelnen Fraktionen ihre Veränderungsanträge zu dem Produkt zurück.

**Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Der Kreis Mettmann hat im Verbund mit den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal in den Jahren 2007, 2009, 2012 und 2015 jeweils einen "Statusbericht Erneuerbare Energien" erstellt.

1. Wann wird der Bericht für die Jahre 2016,2017 und 2018 vorliegen?
2. Ist es möglich, den ausstehenden Bericht mit Daten zum Pro- Kopf-Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu ergänzen?

Herr Hanheide erklärt, dass die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung schriftlich nach der Sitzung erfolgt (Anlage 2).

## **GESAMTABSTIMMUNG**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2020/2021 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, den Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**     **mehrheitlich angenommen**  
7 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
5 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.